

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandshalt: Nachrichten Dresden
Ver. Verlags-Gesellschaft: 25841
Ausg. für Dresden: Nr. 29811
Einführung u. Hauptvertrieb: Dresden - N. 1, Waisenstraße 28/29

Bezugspreis: Bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 2,40 Mk., einschließlich 20 Pf. für
Zugabe, durch Vorzahlung 2,20 Mk., einschließlich 20 Pf. Zugabe; (ohne Vorzahlungsgeld);
bei 7mal wöchentlichem Versand, 12 Pf. Zugabe; bei 10mal wöchentlichem Versand, 20 Pf. Zugabe;
weiter: Die einjährige 20 mal wöchentliche 20 Pf., für auswärtig 40 Pf., Samstagsausgabe
und Sonntagsausgabe über 10 Pf., außerdem 25 Pf., die 50 mal wöchentliche 200 Pf.,
außerhalb 250 Pf., Effectenpreis 20 Pf. Wöchentliche Postgebühren werden
zusätzlich berechnet.

Druck u. Verlag: Siebich & Reichardt,
Dresden, Weißhof-Str. 10/11a Dresden
Redaktion nur mit Dr. N. Carlsberg
(Dresden, Markt) möglich. Unentgeltliche
Schuldenscheine werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Die amerikanische Regierung bleibt fest

Dennoch Hoffnungen auf Verständigung mit Paris

New York, 27. Juni. Trotz spaltenlanger Kommentare der maßgebenden Presse zu den amerikanisch-französischen Verhandlungen läßt sich keineswegs übersehen, auf welcher Grundlage die mit unerschütterlichem Optimismus erwartete Einigung erfolgen wird. Die Washingtoner Regierung hält daran fest, daß Deutschland auch von der Zahlung des ungeschätzten Teiles der Young-Jahreszahlung reiflos entbunden wird, vielleicht mit Ausnahme der Sachlieferungsbeiträge, die zur Erfüllung laufender Arbeiten, beispielsweise der Ausführung des stehenden Donaudrückenbaues, erforderlich sind.

Allerdings, meint „Gerald Tribune“, würde die Hoover-Regierung gegen die Annahme des französischen Vorschlags nicht einzuwenden haben, wenn die ungeschätzte Zahlung in voller Höhe in Form einer Anleihe an Deutschland zurückfließe. Frankreich wolle aber den auf Belgien, Rumänien und Südslawien entfallenden Anteil vom Moratorium anscheinend ausnehmen.

Deutsches Gold nach Amerika

London, 27. Juni. Der Hamburg-Amerika-Dampfer „Newport“ ist am Freitagabend in New York mit einer Ladung von 14 600 000 Dollar deutschen Goldes eingetroffen.

Das Gold ist für die Federal-Reserve-Bank von New York bestimmt.

Die Reichsregierung wartet ab

Berlin, 27. Juni. Wie wir erfahren, begann in der Reichskanzlei heute vormittag gleich nachdem der Kanzler von der Eröffnung des Panfrieres zurückgekehrt war, eine Gabelgespräch, in der die außenpolitische Situation durchgesprochen wurde, die durch die französische Antwort an Amerika gegeben ist. In politischen Kreisen wagt man weiter Zurückhaltung, um zunächst abzuwarten, wie die für heute nachmittag vorgezeichneten Verhandlungen Wellons mit der französischen Regierung verlaufen werden. Französisch-französische Verhandlungen sind von Seiten der deutschen Regierung unter keinen Umständen zu erwarten, bevor das Ergebnis dieser Verhandlungen vorliegt.

Fünf Millionen Dollar für die Oesterreichische Nationalbank

Wien, 27. Juni. Wie die „Reichspost“ erzählt, hat die „Chase National Bank New York“ der Oesterreichischen Nationalbank fünf Millionen Dollar überlassen. Es handelt sich um einen Vorstoß auf den zweiten Hundert-Millionen-Schilling-Kredit.

Fehr, vom Stein und wie

Su seinem 100. Todestage

„Zum Tretel mit den verlustigen Narren, die nicht ins Eisen treten wollen und die deutschen Wunden mit Altkleibern heilen zu meinen glauben.“ Fehr v. Stein.

Wenn wir vaterländische Gedenktage feiern, dann sollten wir uns nicht damit begnügen, die Verdienste der Großen unseres Volkes in der Erinnerung aufzufrischen, sondern immer fragen, was sie uns heute, in der Lage unseres nationalen Tiefstandes, noch zu sagen haben. Besonders angelehnt ist eine solche Betrachtungsweise beim Freiherren vom Stein, der vor 100 Jahren, am 29. Juni 1831, die Augen für immer schloß. Denn gerade er, der große Gegenspieler des napoleonischen Frankreich, der Verbündeter der Einheit in der deutschen Nation, der Bauernbefreier und Reformator des preussischen Staates, hat mehr als irgendeiner für unsere Zeit gedacht, gewirkt und geleistet. Die Not seiner Zeit hat sich in Deutschland wiederholt. Genau so wie damals, nach dem Zusammenbruch von Jena, acht es jetzt, im Zeichen von Versailles, um die Stellung des zerrissenen und mehrlosen deutschen Volkes in der Welt. Wieder gilt es das teufelische Band neu zu knüpfen zwischen diesem Volk und einem Staat, in dem es sich unbehaglich fühlt, weil keine organische Entwicklung durch eine Revolution aus unheimlichem Weltläß unterbrochen wurde. Kein besseres Mittel gibt es da, als auf das Lebenswerk des Freiherren vom Stein zurückzublicken und in seinem Erbe die Kraft zu suchen zur Bewältigung der Aufgaben, die unserer Generation gestellt sind. Er, der seiner Zeit getreulich um hundert Jahre vorausgedacht war, hat in seinen Taten und in den Gedanken seiner „Monumenta Germaniae“ die großen Ideen entwickelt, nach denen wir das Deutsche Reich gestalten müssen, wenn es groß und mächtig und frei sein soll.

In dreifachem Glanz leuchtet sein Vorbild in die trübe Gegenwart, und es soll unentschieden bleiben, in welcher Eigenschaft und Stein mehr zu sagen hat: als großer Patriot, als deutscher Staatsmann oder als preussischer Organisator. Wie müssen wir doch heute den genialen Führer, der, wie Stein seiner Zeit, der zielbewußte, von glühendem nationalen Willen befehlte Vorkämpfer der Befreiung wäre. Aber wenn schon, aus seinem Holz geschnitten, ein Nachfolger steht, so richten wir uns wenigstens als Volk an seinem Beispiel auf! Nicht als Vorkämpfer, sondern als Kampfnatur heraus ist er zum Spiritus rector der Befreiungskriege geworden. Und schon vorher, während seiner glänzenden Laufbahn im preussischen Verwaltungsdienst, die der napoleonische Reichskrieg eingeleitet hatte, war seine ganze Arbeit darauf gerichtet gewesen, den Staat von innen heraus zu kräftigen. Als dann 1807 das Unglück über Preußen herabgebrochen war, da strebte er als „Erfüllungsminister“ Friedrich Wilhelm III. nicht durch Unterwerfung und Anpassung an den Willen des Gegners zur Freiheit, sondern jeder seiner Gedanken gedachte der moralischen Vorbereitung des Volkes für die endgültige Auseinandersetzung. Die Aufhebung der Leibeigenschaft der Bauern und die Einführung der neuen Städteordnung mit den Grundgedanken der Selbstverwaltung und der Gewerbefreiheit waren das Werk weniger Monate der Jahre 1807/08. Als dann Napoleon mit seinem sicheren Instinkt die Gefährlichkeit dieses Gegners erkannte und seine Verbannung aus Preußen erzwungen hatte, da dachte Stein erst recht nicht an Nachgeben. Der Märtyrer für die nationale Sache wuchs jetzt erst hinein in die große Politik. Und mit dem größeren Zweck wuchs auch seine staatsmännliche Kraft. Nur ein Ziel kennt er noch und spricht es aus mit den Worten: „Nur einen Feind seiner Selbstständigkeit, seiner Sitlichkeit, seines Fortschreitens in der Nationalentwicklung hat Deutschland, das ist Frankreich.“ Dem Satan in der Welt „alt von nun an sein Lebenskampf. Er trommelt die große Koalition gegen Napoleon zusammen. In Petersburg, wohin er flüchtet, wird er der Berater des Zaren, einflußreicher als alle russischen Minister. Hier fördert er die deutsche Sache, bekämpft die Friedenspartei am Hof, reißt nach dem Brand von Moskau den schwankenden Herrscher zum Ausbrechen im Widerstand mit. Kommt mit den Russen nach Döpreußen und zwingt seinen König zum Anschluß an den Befreiungskampf. Er treibt den Angriff über den Rhein vor und legt gegen österreichische Intrigen nach Wlitsch und Gneisenau den Plan des Marsch auf Paris und den Sturz des Tyrannen durch. Das außenpolitische Ziel war damit erreicht; im Innern aber wurden Steins Hoffnungen auf ein vom gegenseitigen Vertrauen der Völker und Völker getragenes großes deutsches Reich auf dem Wiener Kongreß zuwanden gemacht. Die kleinlichen Ränke der Rabinette erschütterten die staatsmännliche Idee. In der freiwilligen Zurückgezogenheit auf seinem napoleonischen Gute mußte Stein noch erleben, wie dumpfer Rücktritt sein Werk verfeinerte. Aber schon wuchs der preussische Junker heran, dem vom Schicksal die Vollendung vorbehalten war. Die Traak seines Lebens, daß er von den Zeitgenossen nicht verstanden wurde, teilt Stein mit vielen Großen der Ge-

Kammerertrag des französischen Kabinetts

Caval spricht vom heiligen Recht Frankreichs auf den Youngplan

Paris, 27. Juni. Nachdem Ministerpräsident Caval den Standpunkt der Regierung und verschiedene andere Redner die Stellungnahme ihrer Fraktionen präzisieren hatten, wobei Leon Blum ankündigte, daß er und seine Freunde für die Regierung stimmen werden, wurde zur Abstimmung geschritten über die Tagesordnung Youngs, für die Ministerpräsident Caval die Beträuerungsfrage stellte.

Die Tagesordnung wurde mit 386 gegen 189 Stimmen angenommen.

Die von der Regierung gebilligte und von der Kammer angenommene abgeänderte Tagesordnung Youngs lautet: Die Kammer billigt die Antwort der französischen Regierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Sie rechne damit, daß die Regierung die Unantastbarkeit der im Haag von sämtlichen Signatarmächten des Youngplans angenommenen ungeschätzten Annuitäten sowie die Notwendigkeit einer Politik des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sichern wird. Sie lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.

Die der Abstimmung vorausgegangen Ausführungen des Ministerpräsidenten Caval

beschäftigten sich auch mit der Rundfunkrede Dr. Brüning. Caval führte unter anderem aus, die Regierung hätte eine energische Note gemäß dem Reflex eines Volkes, das soviel gelitten habe und das sein Recht nicht verkampt wissen wolle, aufstellen können, er sei aber nicht sicher, daß man damit gutgehe. Wenn Deutschland nicht mehr durch den amerikanischen Vertrag geschützt werde, würde es mit einem Moratorium an Frankreich herantreten.

Der Finanzminister habe aber auseinandergelegt, daß der abgeänderte amerikanische Vorschlag für Frankreichs Finanzen weniger schädlich sei als das Moratorium. Eine andere Hypothese wolle er nicht ins Auge fassen. Das Problem sei so heikel, daß er nicht abgere zu erklären, wenn die Kammer die Regierung kürze, würde die kommende Regierung, falls sie die Interessen Frankreichs nicht vertreten wolle, mit Amerika auch nicht brechen können. Amerika habe übrigens kein Ultimatum an Frankreich gerichtet. Niemand hätte die Vereinigten Staaten an Frankreichs Adresse eine beleidigende Forderung gestellt. Man habe behauptet, Amerika dürfe, wenn es auch Deutschland Hilfe, nicht in die Angelegenheiten Frankreichs eingreifen. Vor zwei Tagen habe nun in einer Rundfunkrede der deutsche Reichskanzler einen Appell an Frankreich zur Zusammenarbeit gerichtet. Er antwortete auf diesen Appell.

Frankreich habe Herrn von Goebbels gesagt, daß die französische Regierung Dr. Brüning sowie Dr. Curtius bitten würde, so schnell wie möglich nach Paris zu kommen.

Er wolle auch, wie er mit Brüning zu sprechen haben werde. Die heiligen Rechte Frankreichs würden verteidigt werden. Als Frankreich sich 1920 in einer noch viel kritischeren Lage befunden habe als Deutschland heute, habe man nicht an auswärtige Hilfe appelliert. Frankreich habe sich die notwendigen Opfer auferlegt. Deutschland wende sich nun an Frankreich.

Frankreich habe gegenüber Deutschland eine Politik der Zusammenarbeit betrieben. Er meine nicht, daß der Augenblick gekommen sei, auf diese Politik zu verzichten. Deutschland erlebe schwierige Tage. Es werde in Frankreich unter gewissen Bedingungen die notwendige Unterstützung suchen.

Die Regierung werde dem Reichskanzler sagen, damit diese Politik europäischer Zusammenarbeit eine günstige Entwicklung nehmen könne, müsse die gegenwärtig über Deutschland lagernde dunkle Atmosphäre verschwinden. Zwischen der Stahlhelmorganisation und den gegenwärtigen Forderungen bestehe ein großer Widerspruch. Die Regierung werde dem Reichskanzler weiter sagen, daß Frankreich entschlossen sei, Deutschland zu Hilfe zu kommen unter der Bedingung, daß die 10 Milliarden Franken, um die das deutsche Budget erleichtert werden würde, nicht zu Rückfragen gegen Frankreich oder gegen den Frieden dienen. (Leb. Weisf.) Die Regierung werde Dr. Brüning ferner sagen — und das hat bereits Präsident Hoover erklärt worden, daß die Stimmung der öffentlichen Meinung Frankreichs sowie die heutzutage Kammerertrag beweisen, daß die Regierung nicht ungestraft mit der Empfindlichkeit eines Landes spielen könne. (Leb. Weisf.)

Caval fuhr fort: Um Ihre Pflichten erfüllen zu können, wird die Regierung gegenüber dem Reichskanzler keine Sprache führen, die der Würde des deutschen Volkes Abbruch tut. Sie will, daß diese beiden großen Völker die wachsenden Befehle des organisierten Friedens (Leb. Weisf.) wiederfinden können. Caval richtete zum Schluß einen dringenden Appell an die Kammer, wohl zu überlegen, daß sie nicht für die Regierung, sondern für Frankreich zu stimmen habe.

In der Kammerausprache ergriff zunächst der rechtsgerichtete Abgeordnete Nicolle das Wort und gab seiner Befürchtung darüber Ausdruck, daß Frankreich sich durch die Annahme des Vorschlages selbst schwäche, während es Deutschland stark mache. Der Redner forderte

weitgehende Garantien, die man vielleicht außer auf finanziellem Gebiete in einer Abrüstungspolitik, Außenpolitik oder einer Politik der Handelsabkommen finden könne.

Der radikalsozialistische Abgeordnete Pierre Cot wandte sich gegen die scharfe Kritik, die an der Form des Hoover'schen Vorschlages geübt worden sei. Bei einer Frage von demartiger Dringlichkeit dürfe man sich nicht lange bei der Form aufhalten. Das Wichtigste sei vielmehr, daß Amerika gezwungen sei, infolge der wirtschaftlichen Verbundenheit der Völker aus seiner Isolation herauszutreten.

Frankreich verlange außerdem die Versicherung, daß keine Anstrengungen die wirtschaftlichen Barrieren nicht noch verschlimmern, indem sie Deutschland zu einer Überproduktion zwingen.

Die Konkurrenz müsse nunmehr durch die Zusammenarbeit ersetzt werden. Die Ursache der deutsch-französischen Spannung liege lediglich im Rückgangswert (1). Deshalb müsse man Deutschland eine Art Verleihen in seinen Deeresaufgaben anbieten und diese Verleihen auch französischerseits durchzuführen. Gegenüber den Befürwortern des schlechten Willens Deutschlands könne man ein Kontrollsystem einrichten.

9 50
2 95
3 95
1 25
2 50

sdorf
7 Uhr an
nion

of
nz.

v. Mollendorff
Hilke
Heller
Dahms
Fleck
die gegen 11 Uhr
11 301-400
und 11 1-25
den Krallen der
Trennungslinien

tral-Theater
die Otto Maria
Peppina
Operette von Rudolf
reicher, Musik von
Rudolf Stolz
Ebersbach, Mari
Ebersbach, Hoff
Rheingold
Tiger, Moritz
Müller, Waldas
Müller, Keller
Pachler
Code 4/11 Uhr
bühne: 3801-3820
nrvikab. 1. 4001-3000
nd II. 201-225
Stg. Peppina

ele
öhmen
den) und andere
Telephon Nr. 1